

Lindauer Hoybote



Freiheit braucht Grenzen – Klima braucht Schutz

Kaum jemand bezweifelt, dass die Klimakrise menschengemacht ist, und dass WIR es sind, die das Ruder noch rumreißen können. Wir sind uns im Grundsatz einig, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten, zu denen sich Deutschland verbindlich verpflichtet hat. Wie wir dahin kommen sollen, bleibt umstritten.

Es ist auch in Lindau an der Zeit darüber nachzudenken, wie wir leben wollen. Wollen wir aus Angst notwendige Veränderungen abwehren? Oder wollen wir die Herausforderung nutzen und unseren Lebensstil überdenken und positiv gestalten?

Beispiel „Weniger Autoverkehr“

Wir können über eine geringfügig eingeschränkte individuelle Mobilität jammern. Wir können uns aber auch darauf freuen, wie viel mehr Platz, saubere Luft, Ruhe und Entspannung wir in unseren Städten haben werden.

Die bürgerlichen Parteien wälzen den Klimaschutz oft in die Verantwortung der Einzelnen ab. Sie bieten „Anreize“, meist finanzieller Natur, wie einen Zuschuss zum E-Auto, womit weiterhin Konsum belohnt wird. Doch ist es realistisch, anzunehmen, die Ziele seien allein durch Anreize zu erreichen?

Bisher spricht nichts dafür: Immer mehr SUVs werden gekauft, der Konsum steigt, der CO₂-Ausstoß sinkt gar nicht oder zu langsam. So wird es nicht gehen. Wir brauchen vielmehr eine systematische Vorgehensweise der Politik, die notwendige Konsequenz und Mut zu Entscheidungen: Raus aus der Kohle, kostenehrliche CO₂-Bepreisung, wirksame Verkehrswende, Neuausrichtung der Landwirtschaft, Rationelle Energieverwendung.

Nachhaltige Lösungen durch Verbote

Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, wie Probleme durch Vorgaben aus der Politik schnell und nachhaltig gelöst wurden: FCKW-Verbot, Kraftwerksfilter wegen Saurem Regen, Katalysator zur Abgasentgiftung, um nur wenige zu nennen. Warum also nicht heute? Was hindert uns? Bunte oder Grüne werden gerne als Verbotspartei



Ob fünf vor oder fünf nach 12, jetzt muss endlich für den Klimaschutz gehandelt werden. Dazu fanden sich auf Einladung von Fridays for future in Lindau 1300 DemonstrantInnen, Alt und Jung, ein. Weltweit demonstrieren Hunderttausende. Viele Wissenschaftler schließen sich an. Foto: Reiner Pietrzak

bezeichnet. „Die wollen alles verbieten.“ Am besten alles, was Spaß und frei macht. Und Verbote und Freiheit, das geht nicht zusammen.

Gesetze regeln unser Zusammenleben

Die so argumentieren, sind genau diejenigen, die z.B. beim Thema Eigentum nichts gegen Verbote haben. Oder ist Einbruch etwa nicht verboten? Das Strafgesetzbuch besteht aus Verboten, sie regeln unser Zusammenleben. Wir als Gemeinschaft einigen uns durch demokratisch gewählte Vertretungen darauf, was wir wollen, geben diese Regeln vor und setzen sie auch durch, indem wir sanktionieren, wer dagegen verstößt.

Der Philosoph R.D. Precht sagt sogar: Die Menschen lieben Verbote. „Die meisten Leute sind natürlich erst einmal dagegen, aber nachher sind sie froh, dass es die Verbote gibt.“ Er nennt das Rauchverbot im öffentlichen Raum, das erst einmal bekämpft wurde und sich heute kaum jemand wegdenken mag.

Ein Verbot ist auch Schutz und Hilfe: Wenn klar geregelt ist, was ins Essen darf und was nicht, muss ich vor einer Kaufentscheidung nicht mühsam das Kleingedruckte entziffern, sondern kann mich drauf verlassen: Das Produkt ist gesund.

Es kommt auf den Pfadwechsel an

Der Sozialpsychologe Harald Welzer meint, es nütze nichts, mit dem Finger der moralischen Entrüstung auf andere zu zeigen und Verzicht zu predigen. Schluss mit der Weltuntergangsrhetorik! Damit entsteht nur ein Gefühl der Sackgasse, das lähmt. Vielmehr geht es um ein grundlegendes Nachdenken über unsere Bedürfnisse und Lebensziele, um viele kleine Schritte hin zu einer Verbesserung unserer Lebensbedingungen. Es kommt auf den Pfadwechsel an, den ersten Schritt, der die weiteren Schritte in die richtige Richtung wahrscheinlicher macht.

Wenn viele Menschen das verändern, was ihnen ohne große Entbehrung leicht fällt und dabei sogar Verbesserung bringt, dann bringt das mehr, als wenn ein paar wenige puristisch und vorbildlich leben.

Fest steht: Der Wandel wird kommen

Ob als Verzicht und brutaler Verteilungskampf oder als eine erstrebenswerte, vorausschauend gestaltete Zukunft – das liegt bei uns.

ULRIKE LORENZ-MEYER



Liebe LeserInnen,

„So wollen wir leben“ ist das Motto dieses Hoyboten, eine Skizze der Bunten Liste vom alternativen Leben in Lindau. Dazu braucht es mehr Bunte StadträtInnen und einen OB der sich dafür einsetzt. Im nächsten Hoyboten wird Ihnen unser OB-Kandidat Daniel Obermayr unsere KandidatInnen vorstellen.

KandidatInnen-Liste Kommunalwahl 2020



Aufstehen! Abstimmen! Freunde mobilisieren!

Am Jahrmakrtsonntag, 10.11.2019, dürfen alle LindauerInnen über eine zukunftsweisende Frage abstimmen: „Sind Sie dafür, den Karl-Bever-Platz von neuen mehrgeschossigen Baukörpern freizuhalten?“

Der Einsatz engagierter BürgerInnen und der Bunten Liste haben diesen Bürgerentscheid ermöglicht. Nicht die Mehrheit des Lindauer Stadtrats, die das im Mai noch abgelehnt hat, sondern die Lindauer BürgerInnen haben jetzt das letzte Wort.

Die Gegner des Bürgerentscheids werfen uns vor, wir würden das Parkhausprojekt verzögern und dadurch verteuern. Nicht die Tatsache, dass das Parkhaus die hochverschuldete Stadt Lindau 13,3 Millionen Euro kosten wird, empört die Parkhausfreunde, sondern eine mögliche Verteuerung. So viel zu geheuchelteten Kostenbewusstsein und sparsamem Umgang mit Steuergeldern.

Der Wegfall des Hintere-Insel-Parkplatzes wegen Gartenschau und neuem Stadtquartier wird weder zu Chaos noch zum Untergang des

Abendlandes führen. Die 660 Parkplätze dort waren im Jahreschnitt 2018 zu 72 % ausgelastet.

2020 wird der Bahnhof Reutin mit Parkplätzen eröffnet. Der Stadtrat hat einstimmig ein Interimsparkkonzept beschlossen mit Parkplätzen auf dem Cofely-Areal und Shuttleverkehr auf die Insel.

Ihr JA zum Bürgerentscheid erhält den ebenerdigen Karl-Bever-Platz. Dann verbleiben dort 270 preiswerte Parkplätze für Insulaner und Beschäftigte. Kommt das Parkhaus, sind die futsch.

Das Mobilitätskonzept der Lindauer Gartenschau setzt sehr stark auf Bahn, Schiff, Bus, Fahrradverkehr (Bodenseeradweg, Fahrradverleih), Tarifgestaltung, Kombitickets.

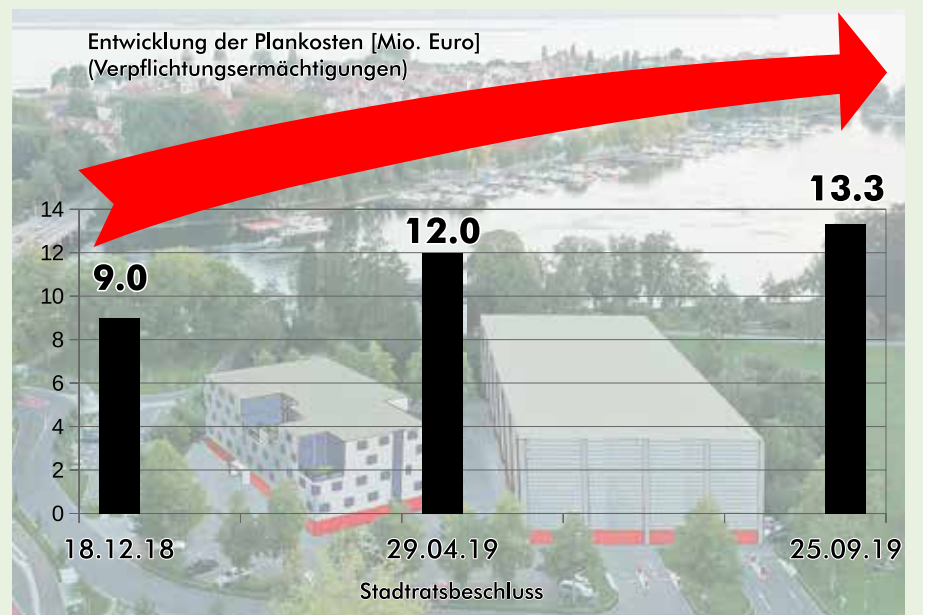
Benachbarte Gemeinden berichten, dass die Echt Bodensee Card (EBC) „bei den Gästen zu einer echten Verhaltensänderung führt. Zahlreiche Stammgäste würden die EBC begeistert nutzen und auf ihre Anreise per Auto verzichten.“

Am 10.11.2019 geht es um viel mehr als nur um Parkplatz-Erbsenzählerei. Es geht um die Umsetzung des klimafreundlichen Lindauer Mobilitätskonzepts KLiMo für Fußgänger, Fahrrad, Bahn, Bus, Schiff, PKW.

Ein 120-Betten-Hotel mit 16 m Höhe und das Parkhaus mit 40 m x 70 m und bis zu 20 m Höhe verhandeln das Eingangstor zur Insel zu einem seelenlosen Gewerbegebiet.

Der schöne große alte Baumbestand am Karl-Bever-Platz wird abgeholzt. Ein Hotel und ein Parkhaus mit 650 Stellplätzen ziehen Autoverkehr an – eine weitere Verkehrsbelastung für Reutin und Aeschach. Die Zufahrt zum Alpengarten wird noch stärker behindert.

Viele LindauerInnen haben die Schnauze voll. Ihre Stadt wird seit Jahren massiv verbaut und zugebaut. Lindau wird immer großstädtischer und verliert seinen Kleinstadt-Charme. Ihr Appell: Jetzt nicht schon wieder eine Großbaustelle!



Seit Verabschiedung des Haushalts 2019 haben sich die geplanten Kosten (Verpflichtungsermächtigungen) für das Parkhaus um fast 50% von 9,0 auf 13,3 Mio. Euro erhöht – Quelle: Protokolle der Stadtratssitzungen vom 18.12.18 und 29.4./25.9.2019 Grafik: Reiner Pietrzak

Deshalb Zeichen setzen mit einer JA-Stimme beim Bürgerentscheid! Besuchen Sie am Sonntag, den 10.11.2019 den JA-Markt. Gehen Sie abstimmen! Mobilisieren Sie auch Ihre Freunde, mit JA zu stimmen!

ALEXANDER KISS

Natürlich ökologisch!

Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat die Zukunft schon verschlafen

Die Ökologiebewegung war eine der Mütter der Bunten Liste bei ihrer Gründung Anfang der 80er Jahre. Der damalige Wissensstand über den Zustand der Ökosysteme unserer Erde hat auch 40 Jahre später noch Bestand.



Plakat der GRÜNEN zur Europawahl 1979 Foto: Reiner Pietrzak

Diese Zeit, in der wir überwiegend erfolglos Veränderungen gefordert haben, fehlt uns heute schmerzlich zum Erreichen der Pariser Klimaziele. Denn diese Ziele sind auch für unser Handeln in Lindau maßgebend.

Mosaik der Maßnahmen

Es gibt keine einfachen Lösungen. Vielmehr führen viele kleine Mosaiksteine zu einem Bild der Hoffnung:

Beschleunigter Ausbau von Stromerzeugung durch Fotovoltaik und Wärmedämmsysteme bei allen städtischen Gebäuden. Wirtschaftliche Argumente spielen ab sofort keine Rolle mehr, jede eingesparte Tonne CO₂ zählt.

Das gilt auch für den städtischen Fuhrpark. Elektrofahrzeuge ersetzen den Bestand, wo noch keine elektrische Alternative auf dem Markt ist, wird die Neuanschaffung ausgesetzt, auch bei unserer Busflotte!

Fuß- und Radverkehr, Bahn, Bus und Schiff werden gefördert: durch Jobrad, verbessertes Jobticket, Ausbau des Stadtbusangebots, gute Rad- und Fußwege. Ziel ist, den Autoverkehr in zehn Jahren zu halbieren.

Global denken – lokal handeln

Alle städtischen Einkäufe werden, soweit möglich, lokal getätigt. Alle Küchen der Altersheime und Schulen versorgen sich bei den Biobauernhöfen aus dem Landkreis Lindau. Städtische Veranstaltungen werden nur noch mit Bio-Catering versorgt, wie bei der Inselhalle schon heute. Auf städtischen Märkten erhalten Bio-AnbieterInnen einen Rabatt auf ihre Marktgebühren.

Die Stadtgärtnerei stellt auf Bio um und verzichtet auf Pestizide und Laubbläser: Blühwiesen statt Englischer Rasen in den städtischen Anlagen und denen der GWG. Unsere Wohnungsbaugesellschaft erhöht die Zahl an Mietergärten massiv.

Grünflächen schützen, Wald erwerben

Bei der Bauleitplanung werden die Gewerbegebiete möglichst umfassend in urbane Gebiete umgewandelt. Arbeitsstellen und Wohnungen entstehen so in unmittelbarer Nachbarschaft. Wir erwerben Waldflächen vom Freistaat und gestalten diese in CO₂-speichernde Naturwälder um. Wo möglich, werden Freiflächen dazu aufgeforstet.

Was fehlt noch?

Das ist der Einstieg in die Aufgabe. Denn wir müssen alle zehn Jahre den CO₂-Ausstoß halbieren. Das braucht die stetige Suche nach geeigneten Maßnahmen beim Sammeln und Nutzen von Energie in allen Bereichen. Verschwendung muss reduziert, die verbleibende Nutzung klimafreundlicher werden.

Was für städtische Gebäude gilt, muss im übrigen Bestand auch umgesetzt werden. Basis für die Verkehrswende ist ein flächendeckender Bahn- und Busverkehr, der überall und zu allen Zeiten nutzbar ist.

Heute ist dieses nachhaltige Verhalten scheinbar teurer im Vergleich zum gewohnten. Das liegt an vielen externen Kosten unseres Ressourcenverbrauchs, die noch nicht eingepreist sind. So wird klimaschädliches Verhalten sogar noch subventioniert. Der Klimawandel wird von einer breiten Mehrheit als Problem erkannt und die Politik zum Handeln gedrängt. Wir vor Ort sind gut beraten diese Veränderungen mit voran zu treiben.

Die Leitlinien unserer Kommunalpolitik bleiben bestehen: Gute Bildung, bezahlbare

Wohnungen, Teilhabe und Gleichstellung in einer offenen Gesellschaft bleiben Ziele bunter Politik. Nur wird unser Spielraum zukünftig auch durch den Faktor Klimaschutz begrenzt. So wie er bisher schon durch gesetzliche Regelungen oder die Forderung nach Finanzierbarkeit

begrenzt war. Wir müssen den Kopf aus dem Sand nehmen und uns mit positiver Haltung den Herausforderungen stellen.

DANIEL OBERMAYR
UND ULI KAISER

Pariser Klimaabkommen

OB-Kandidat Daniel Obermayr zu den Zielen des UN-Klimaabkommens von Paris, verabschiedet am 12.12.2015, in Kraft getreten am 4.11.2016

Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten völkerrechtlich bindend, den von Menschen verursachten Klimawandel auf unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Die Vertragsstaaten legen eigene Klimaschutzpläne fest und reichen diese ein. Ab 2020 werden die Pläne alle fünf Jahre der Entwicklung angepasst und nachgebessert.

Deutschland leistet seinen Beitrag über das EU-Klimaschutzabkommen. Das ist bindend. Durch die darin vereinbarte Reduktion von 40% gegenüber 1990 bis 2030 wird

das Ziel von Paris aber verfehlt. Die vom EU-Parlament beschlossene, von Frau von der Leyen angekündigte Verschärfung auf 50 bis 55% reicht auch nicht für die Bewältigung der globalen Aufgabe.

Wird der deutsche Anteil an den zulässigen Emissionen nach der Bevölkerungszahl bemessen, muss der CO₂-Ausstoß ausgehend vom Jahr 2015 jedes Jahr um etwa 7% reduziert, also alle 10 Jahre halbiert werden. Mit dem aktuell beschlossenen Klimapaket wird viel Geld ausgegeben, aber dieses Ziel weit verfehlt.



Daniel Obermayr fordert die Einhaltung der Pariser Klimaziele.

Foto: Reiner Pietrzak

Transparenz schafft Vertrauen

Politikverdrossenheit und Desinteresse sind allgegenwärtig. Als engagierte BürgerInnen sieht man auf politischen Veranstaltungen immer dieselben bekannten Gesichter. Echte Demokratie braucht mehr, als alle paar Jahre ein Kreuz zu setzen.



Ronja Gebhard und Pius Bandte

Foto: Reiner Pietrzak

Wie entstehen Politikverdrossenheit und Desinteresse?

In einer Gesellschafts- und Wirtschaftsform, wie wir sie heute leben, bestimmt Konkurrenz alle Bereiche des Lebens, auch die

Politik: Statt kooperativ an Lösungen zu arbeiten, geht das Vertrauen durch Rivalität verloren. Dabei wäre Vertrauen die Grundvoraussetzung für alles andere. Am Beispiel der Stadtpolitik würde das bedeuten: „Ich vertraue darauf, dass mein Gegenüber das Beste für die BewohnerInnen dieser Stadt will, genauso wie ich.“ Dieses Vertrauen ist offenbar verloren gegangen und damit die Grundlage für eine Politik, in der gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird, statt egoistisch und gegeneinander.

Wie schaffen wir es gemeinsam, Vertrauen wieder aufzubauen?

Für uns ist die Antwort klar: Transparenz durch Beteiligung. Transparentere Entscheidungen können wir nur treffen, indem wir eine

Struktur schaffen, bei der möglichst viele die Lösung mitgestalten. Wer an einem Entscheidungsprozess mit einem im Konsens entschiedenen Ergebnis beteiligt ist, übernimmt eher Verantwortung dafür. Nach einem konsensorientierten Prozess ist das Konfliktpotenzial bedeutend geringer als nach den Auseinandersetzungen, wie wir sie immer wieder erleben. Realistisch gesehen sind nicht alle zu begeistern. Mit einer stärkeren Orientierung auf Konsens können wir jedoch unserer eingeschlafenen Demokratie wieder Leben einhauchen.

Mit der Projektschmiede ist bei uns in Lindau ein Grundstein auf diesem Weg gelegt. Das könnte der Beginn für eine neue, zeitgemäße Form des Engagements sein. Findige Köpfe beschäftigen sich seit Jahren mit Formaten, Methoden und Werkzeugen zur Meinungsbildung und kooperativen Entscheidungsfindung. Diese unkonventionellen Methoden sind nicht immer leicht in bestehende Gremien und Räte einzuführen. Sie stoßen oft auf Widerstand, wie fast alles, was neu und unbekannt ist.

Ehrliches Zuhören und die Fähigkeit zur Kooperation sind entscheidend

Wir haben die Methoden zur kooperativen Entscheidungsfindung kennengelernt und sind von ihrer Effektivität überzeugt. Uns erscheint es wichtig, jetzt mutig zu sein und diesen Weg zu beschreiten. In unübersichtlichen Zeiten wie diesen ist es umso wichtiger, alles dafür zu geben, dass wir uns wertungsfrei austauschen, gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten und entscheiden. Das Zurücknehmen des Egos, ehrliches Zuhören und damit die Fähigkeit der Kooperation wird über den Fortbestand unserer Demokratie entscheiden. Jeder/e Einzelne muss sich fragen, ob er/sie alles weiter geschehen lässt wie bisher – mit der Folge, dass die Demokratie weiter an Attraktivität verliert – oder ob es nicht wichtiger ist, einen kleinen Teil der Bequemlichkeit aufzugeben, sich zu informieren und sich aktiv in politische Prozesse in der Gesellschaft einzubringen.

RONJA GEBHARD
UND PIUS BANDTE

Lindavias Zukunftstraum: unbeschreiblich weiblich

Seit mehr als sieben Jahren sind Frauen zur Hälfte im Stadtrat vertreten. Die Bunte Liste ist in der Stadtratsmehrheit. Lindau ist weiblicher und sozialer geworden.



Nur wenige Städte Europas haben eine weibliche Symbolfigur wie Lindaus Lindavia.
Foto: Reiner Pietrzak

„Das habe ich mir nicht träumen lassen, dass meine Stadt einmal so frauenfreundlich wird. Viele Projektschmieden waren nötig, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am sozialen und gesellschaftlichen Leben voranzubringen, aber es hat sich gelohnt! Nun können Frauen als eine Hälfte der Bevölkerung die gesellschaftspolitischen Verhältnisse gleichberechtigt mitgestalten.“

Im Stadtrat herrscht eine positive Grundstimmung

Vielleicht weil die Rätinnen wieder einen Frauenrat haben, der einen Austausch über Parteigrenzen hinweg ermöglicht. Auch oder wegen der gemeinsamen Kommunikationstrainings für den gesamten Stadtrat. Diese Maßnahme finden alle entlastend, genauso wie die familienfreundlichen Sitzungszeiten.

Sichtweisen von Frauen fließen in die Verkehrs- und Städteplanung ein

Das ist mittlerweile selbstverständlich. Die Frauenbeauftragte streckt die Fühler in den Stadtteilzentren aus. Mit ihrer Hilfe wurde das Thema Gewalt gegen Frauen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Nun gibt es ein Frauenhaus, das professionelle Hilfe anbietet. Mit der Initiative ‚sicher durch die Nacht‘ gab es zahlreiche Maßnahmen, die auch von Männern begrüßt wurden.

21-Stunden-Stadtbuss-Betrieb

Der Stadtbuss fährt bis zwei Uhr morgens und wird von einem Schaffner begleitet. Der erste Bus fährt auch

am Wochenende schon um fünf Uhr, damit KrankenpflegerInnen und VerkäuferInnen, sicher und einfach ihren Arbeitsplatz erreichen.

Über tarifliche Zulage im Dienstleistungssektor

Um alleinerziehende Frauen und Rentnerinnen wegen der hohen Lebenshaltungskosten in Lindau vor Armut zu schützen, wurde ein Bündel von Maßnahmen beschlossen: Lindau zahlt als Arbeitgeberin in frauentypischen Dienstleistungsbereichen eine über tarifliche Zulage. Das betrifft Kindergärten, Krippen, Altenheime, Mittagsbetreuung in Schulen etc. Auf diese Weise wurden die gesellschaftlich notwendigsten Arbeiten attraktiver gemacht und den Frauen ein würdiges Leben in meiner Stadt garantiert. Nun haben sich auch vermehrt Männer entschlossen, als Grundschullehrer und Erzieher zu arbeiten. Darüber freuen sich auch unsere ganz Kleinen.

Geburtshaus im Mehrgenerationen-Quartier

Die Kinder meiner Stadt liegen mir besonders am Herzen, deshalb ist eine meiner liebsten Erinnerungen die Einweihung des Geburtshauses in einem der schönen begrünten Mehrgenerationen-Quartiere. Von drei Hebammen wurde die Idee entwickelt, und die Stadt fördert nun einen Teil der laufenden Kosten.

In Nachbarschaftszentren werden Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund ermutigt, ihr Recht auf Gleichberechtigung wahrzunehmen. Dort sorgen SozialarbeiterInnen auch dafür, dass ältere Frauen gut versorgt sind und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Es gibt auch weiterhin viel zu tun, um dem Weiblichen seinen ihm zustehenden Raum zu geben. Dafür stehe ich, die gekrönte Lindavia mit Steuerruder und Lindenzweig.“

INGE MARGA PIETRZAK
UND DOROTHEA LEMMENS

„So wollen wir leben“



Workshop der Bunten Liste im September 2019

Foto: Reiner Pietrzak

Zu diesem Thema hatte sich die Gruppe getroffen, um eine Skizze Bunter Kommunalpolitik vor dem Hintergrund ihres Wahlprogramms zu zeichnen. Die Bunte Liste steht für eine ökologische, soziale, transparente und geschlechtergerechte Stadtpolitik.

Für diesen Hoyboten haben es sich unsere AutorInnen zur Aufgabe gemacht, ein Stimmungsbild, wie wir leben wollen, für unsere LeserInnen auszumalen. Damit sollen nicht Fakten vermittelt, sondern ein alternatives Lebensgefühl spürbar werden. Eine beklemmende Gewissheit ist angesichts des Klimawandels, dass aus dem „So wollen wir leben“ ein „Wie können wir leben?“ werden kann. Deshalb muss es uns unverzüglich gelingen, auf den nachhaltigen, klimafreundlichen Pfad zu wechseln.

Wahlprogramm unter www.bunteliste.de/programm/

INGE-MARGA PIETRZAK

Lindavias Zukunftstraum: zum Gemeinwohl!

Lindavia blickt sieben Jahre zurück. Bei einem Stadtrundgang wird deutlich: In den letzten Jahren ist Zukunftsweisendes auf den Weg gebracht worden.

„Immer wieder ist es eine solche Freude auf meine Stadt und die kleinen und großen Menschen zu schauen. Viele engagieren sich zum Wohle aller. Mittlerweile wird dauerhaftes ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwohl bundesweit mit zusätzlichen Rentenpunkten gewürdigt. Seitdem können sich viel mehr Menschen für ein Ehrenamt entscheiden.“

Für ein friedlich buntes Zusammenleben

Neben dem Treffpunkt Zech sind auch in den übrigen Stadtteilen Nachbarschaftszentren entstanden. Täglich wird dort ein Mittagstisch organisiert, und es gibt vielfältige Möglichkeiten der nachbarschaftlichen Hilfe und Begegnung. Junge Menschen zeigen Senioren, wie neue Medien funktionieren. Im Repair-Café sitzen erfahrene Tüftler, die anleiten, was sich wie reparieren lässt. Auch ‚Teil-Großeltern‘, Begleitung beim Spaziergang, Hausaufgabenhilfe sind gefragt, der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Im Verbund entstanden Stadtteil-bezogene Kinder- und Familienstätten, wie das Familienzentrum minimaxi. Eltern erhalten dort gute Unterstützung auch in der Ferienzeit. Die Inklusion von Kindern mit Einschränkungen ist in allen Einrichtungen umgesetzt. Kitas und Schulen sind saniert und auf den neuesten Stand der Pädagogik mit optimalen Betreuungsbedingungen gebracht.

Buntes Öffentliches Leben

Im Hoyerbergsschlössle mit seiner einmaligen Aussicht hat sich ein inklusives Café etabliert: Menschen mit Handicap haben hier einen dauerhaften Arbeitsplatz. Das Café ist Blaupause für Unternehmen und Initiativen in der Stadt.

Orte zum Sitzen und Verweilen ohne Konsumzwang sind an den schönen Plätzen meiner Stadt entstanden, wo bei gutem Wetter buntes Treiben herrscht. Bürger engagieren sich mit gemeinnütziger Arbeit wie beispielsweise Müll einsammeln im öffentlichen Raum. Die Stadt zeigt sich mit einer Brotzeit unter dem Motto ‚gemeinsam statt einsam‘ erkenntlich.

Die Bürgerzeitung, wie alle Informationsmedien der Stadt, wird in einfacher Sprache herausgegeben. Darin wird regelmäßig über Hilfen durch soziale Einrichtungen und den neuen Lindau-Pass informiert, der jetzt auch die Teilhabe am sportlichen und kulturellen Leben kostenfrei ermöglicht.

Neben Stadtbuss und Ein-Euro-Ticket sind jetzt in den Hinterland-Gemeinden Mitfahrpunkte wie ‚s‘Bänkle‘ in Heimenkirch eingeführt.



Auf dem Weg zur Gemeinwohl-Orientierung: Fairer Handel.

Foto: Reiner Pietrzak

Wohnraum für alle

Der Wohnungsmarkt hat sich entspannt, Ferienwohnungen wurden begrenzt. Städtische Grundstücke wie auf der Hinteren Insel werden überwiegend an Baugenossenschaften vergeben. Das Stadtbild ist seitdem durch eine avantgardistische, ökologische Bauweise geprägt. Bei Neubau oder Sanierungen wird auf eine ausgewogene soziokulturelle Durchmischung bei der

Wohnungsvergabe geachtet. So kann die Integration von Geflüchteten und ausländischen MitbürgerInnen besser gelingen. Soziale Brennpunkte werden vermieden. Der Prozess wird von QuartiersmanagerInnen begleitet. Patenschaften für ausländische MitbürgerInnen zur Integration werden dort beratend unterstützt.

Räume und Plätze der Begegnung sorgen für eine gute Nachbarschaft. Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung wird schon bei der Wohnungsvergabe gefördert. Es gibt ausreichend preisgünstige, barrierefreie Kleinwohnungen. Besonders freue ich mich über die Mehrgenerationenprojekte. Ältere MitbürgerInnen können nun in unserer Mitte in Würde alt werden.

Neulich kam mir zu Ohren, dass meine Stadt die Zertifizierung als faire Kommune erhalten hat und dass sich ein neuer Trend in der Lindauer Wirtschaft allmählich durchsetzt: die ‚Gemeinwohl-Zertifizierung‘. Dafür und für die weitere positive Entwicklungen meiner Stadt halte ich meinen Lindenzweig hoch ... zum Gemeinwohl.“

GABI MAYR UND MATTHIAS KAISER

Wem gehört die Insel?

Kundenstopper, Parkplätze, Zweitwohnungen, Ferienwohnungen – in der öffentlichen Diskussion sind die Interessen der Bewohner der Insel kaum wahrnehmbar, denn die Perspektive der Gewerbetreibenden überwiegt.

Es gibt mittlerweile sogar einen Verein, der für sich die Zukunft der Insel lautstark reklamiert und von der Stadtverwaltung „Sensibilität und mehr Verständnis im Umgang“ mit ihren Interessen fordert, die unter anderem in der vehementen Forderung nach mehr Parkplätzen bestehen. Aber erklärte Politik der Stadt ist, die Insel als Wohnort zu stärken.

Zahl der Bewohner nimmt weiter ab

Die Insel, unser Bullerbü, ist unter anderem für Familien ideal zum Leben. Krippe, Kindergärten, Schulen – alles fußläufig erreichbar, und doch nimmt die Zahl der BewohnerInnen weiter ab.

Warum ist das so? Was sind die Gründe? Zum einen muss Wohnen möglich und zum anderen Leben attraktiv sein. Möglich ist es dann, wenn genügend leistbarer Wohnraum vorhanden ist und die Anzahl der Ferien- und Zeitwohnungen eingedämmt wird.



Normalität 2019: Beparkter Reichsplatz



Foto: Reiner Pietrzak Parking Day 2019: Belebter Reichsplatz

Foto: Reiner Pietrzak

Attraktiv ist das Leben auf der Insel nicht immer

Vor allem, wenn in der Hauptsaison der Seehafen und die Maximilianstraße dicht gedrängt von Touristen beansprucht werden. Aber als Insulaner weiß ich das, meide bestimmte Plätze und wähle die Nebengassen. Und doch – wo ist der Raum für uns BewohnerInnen? Umso wichtiger sind Rückzugsorte, Nischen, Begegnungsorte, die beispielsweise auf vom Auto befreiten Plätzen entstehen können. Das gibt Lebensqualität und Freiheit.

Spielende Kinder, Junge und Ältere zusammen auf Bänken verweilend, ins Gespräch kommend, in ein Buch vertieft oder Gedanken nachsinnend, dem Treiben der Menschen um sich herum zuschauend. Das ist eine Bereicherung für uns Insulaner. Freiheit bedeutet z. B. auch,

dass Kinder auf Plätzen spielen können, frei von der Gefahr, von einem ein- oder ausparkenden Auto übersehen zu werden. Solche Orte sind wichtig, und deshalb sollten wir Insulaner öffentlichen Raum für uns zurückerobern.

Belebte Stadt von BürgerInnen oder Museumsinsel

Das bedeutet auch, dass wir für „unsere“ Insel Verantwortung übernehmen und unseren Bedürfnissen eine Stimme geben müssen. Denn nur so können unsere Interessen wahrgenommen werden und in Entscheidungen mit einfließen. Wir alle müssen uns überlegen, ob wir eine belebte Stadt von BürgerInnen oder eine touristische Museumsinsel möchten.

SILKE THEM



Der schonungslose Versöhner

Mit der Nazi-Vergangenheit seines Vaters ist Udo Sürer ganz anders umgegangen als so viele seines Alters: Anstatt lieber nicht so genau wissen zu wollen, wer und was der SS-Mann da am Nachkriegs-Abendbrot für einer war, hat er das Brennglas statt des Schleiers gewählt. Und dafür ungewöhnliche Würdigungen erfahren: zuletzt die Einladung zweier Staatsoberhäupter nach Oberitalien, den Schauplatz fürchterlicher Verbrechen.

es doch um etwas ganz anderes: den einzigartigen und schmerzhaften Willen, sich einer Familiengeschichte zu stellen, der die meisten Menschen mit Verdrängung begegnen würden. Doch dabei ist Udo Sürer viel weiter gegangen, als nur ein bisschen auf dem nach außen hin besenreinen Dachboden der Vergangenheit zu stöbern. Er hat den ungeheuren Mut aufgebracht, zu den Menschen zu gehen, die selbst oder deren Ahnen die Opfer des Wahns seines Vaters waren – und zu seiner eigenen Verwunderung empfangen sie ihn mit offenen Armen.

Was dann passiert ist, damit hat niemand rechnen können: Der merkwürdige Deutsche kommt, nachdem er sich mit Überlebenden der Massaker von San Terenzo-Monti und Vinca di Fivizzano angefreundet hat, regelmäßig in die Region. Und es spricht sich in der Toskana herum, dass da so einer ist, der es ernst meint mit der Versöhnung. Der Verantwortung übernimmt für eine Schuld, die ihn selbst gar nicht trifft. Der sich nicht wegduckt, sondern bereit ist, gemeinsam mit den Hinterbliebenen die Last einer Vergangenheit zu tragen, die zu einer Zeit entstand, als er selbst noch gar nicht geboren war.

Dass die Welt im August, 75 Jahre nach dem Massaker, ausgerechnet auf Fivizzano schaute – die Gemeinde, zu der San Terenzo und Vinca heute gehören –, ist auch der Erfolg Udo Sürers. Denn vor seinem hartnäckigen Versöhnungseinsatz waren die Gräueltaten der SS-Einheiten außerhalb der Toskana wenig bekannt. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella gedachten der schrecklichen Geschehnisse von damals – und vollzogen auf staatspolitischer Ebene einen Akt der Versöhnung, zu dem Udo Sürer mit einem der Überlebenden, Romolo Guelfi, bereits im Jahr 2005 den Grundstein gelegt hat. Die explizite Erwähnung Sürers in der Rede Steinmeiers schließt somit auch den Kreis der Mühen eines Mannes, der zeigt, dass Versöhnung möglich ist. Auch um den bisweilen hohen Preis der Schonungslosigkeit – sich selbst und anderen gegenüber, die sich in Sürers Satz konzentriert: „Ich war und bin der Überzeugung, dass man die Wahrheit aushalten muss.“

RED. BEITRAG



Udo Sürer und Matthias Kaiser, zwei Männer der Bunten Liste. Beide setzen sich aktiv, auf ihre jeweils eigene Weise, für Frieden und Völkerverständigung ein. Foto: Reiner Pietrzak

Obwohl es so unerhört ist, dass Udo Sürer ausgerechnet in der toskanischen Gemeinde die Ehrenbürgerwürde besitzt, in der sein Vater einst bei einem Massaker wütete, geht

www.bunteliste.de

IMPRESSUM

Hoybote, Mitteilungsblatt der Bunten Liste, Lindau

Herausgeber: Bunte Liste Lindau
Kontakt: hoybote@bunteliste.de
V.i.S.d.P.: Reiner Pietrzak, 88131 Lindau (B)
Auflage: 14 000 Exemplare
Redaktion: Reiner Pietrzak
Satz/Layout: Claudia Mahmoud
Produktion: Klimaneutraler Druck auf Recymago, 100% Recyclingpapier



ClimatePartner.com/11244-1909-1006

Radeln für Klimaschutz und Völkerverständigung

Stadtrat Matthias Kaiser fuhr in sechs Tagen 800 km mit dem Fahrrad nach Chelles, Lindaus Partnerstadt bei Paris. Was den ehrenamtlichen Mobilitätsbeauftragten antreibt, fragt ihn die Redaktion des Hoyboten in einem Interview.



Matthias Kaiser beim Start in Lindau in das 800 km entfernte Chelles bei Paris.

Foto: Reiner Pietrzak

Matthias, Du warst nun schon das fünfte Mal aus verschiedenen Anlässen in Chelles, diesmal mit dem Fahrrad, warum?

Die Städtepartnerschaft mit Chelles ist mir ans Herz gewachsen. In einer Zeit, in der nationalistisches Denken wieder hervortritt, sind Partnerschaften, die den europäischen Gedanken in sich tragen, für mich absolut wichtig.

Als ich gehört habe, dass die Lindauer Delegation mit dem Flugzeug reist, habe ich aus Klimaschutzgründen das Fahrrad gewählt. Zufällig fiel die europäische Mobilitätswoche auch in diesen Zeitraum. Ich wollte in gewisser Weise ein Botschafter für Völkerverständigung in Verbindung mit aktivem Umweltschutz sein.

Für mich war diese Fahrt sehr, sehr bewegend, als ich an den ehemaligen Schlachtfeldern von Verdun vorbeiradete. Rad fahren entschleunigt und regt Körper, Seele, Geist gleichermaßen an. Deshalb sind die Eindrücke auch tiefer und intensiver. Auf diese Weise ist mir der Gedanke der Erinnerungskultur sehr viel näher gekommen. Auf meiner abseits gewählten Route bin ich durch viele kleine Orte gekommen, wo die Menschen großes Interesse an meiner Reise

hatten. Ich habe viele berührende Gespräche geführt, und bei meiner Ankunft in Chelles wurde ich sehr herzlich willkommen geheißen. Das war für mich eine wunderbare Erfahrung. *Bist Du besonders gut trainiert? Hast Du ein besonders gutes Fahrrad?*

Ich bin seit Kindes Beinen mit dem Fahrrad unterwegs und war schon als Jugendlicher ein sportlich ambitionierter Radfahrer. Mein Rennrad ist gute Durchschnittsqualität, und im Rucksack hatte ich so in etwa acht kg mitgeführt. Das Wetter hat es gut mit mir gemeint, deshalb blieb die Regenkleidung unangetastet. Da ich das ganze Jahr mit dem Fahrrad unterwegs bin, brauchte ich für meine Fahrt kein Training. *Kann jeder und jede so eine Tour machen?*

Durchschnittlich sportliche, gesunde Männer und Frauen aller Altersgruppen können auf diese Weise reisen und tun das ja auch. Im Nachhinein bin ich von vielen angesprochen worden, die gern mitgefahren wären. Deshalb überlege ich mir, die Fahrt im nächsten Jahr mit anderen LindauerInnen gemeinsam zu machen und dazu werde ich frühzeitig öffentlich einladen.

INGE MARGA PIETZAK